

2.3. USA:

Artikel auf t-online vom 15.05.2025: US-Staatsbankrott: Prof. Hans-Werner Sinn

„Ökonom warnt vor Bankrott: „Die USA pfeifen auf dem letzten Loch“

„Wirtschaftsexperte Hans-Werner Sinn schlägt Alarm: Die Vereinigten Staaten stehen seiner Einschätzung nach kurz vor dem Staatsbankrott.

Der frühere Ifo-Präsident Hans-Werner Sinn warnt eindringlich vor einem Staatsbankrott der USA mit dramatischen Folgen für das Weltfinanzsystem. "Es hat sich herumgesprochen, dass die USA auf dem letzten Loch pfeifen", sagte Sinn dem Magazin "Focus". Er urteilt: "Amerikanische Staatsanleihen will kaum noch jemand haben."

Die Lage der US-Staatsfinanzen sei prekär, argumentiert Sinn. Große Investoren hätten das Vertrauen in amerikanische Staatsanleihen weitgehend verloren, was den Druck auf die Regierung erhöhe. Sinn zufolge sind im Weißen Haus bereits Szenarien im Umlauf, die bei privaten Unternehmen als Insolvenz gelten würden. Ein offener Kollaps der Staatsfinanzen solle aber unbedingt vermieden werden. "Aber natürlich soll die offene Insolvenz vermieden werden. Nach meiner Interpretation wird genau das mit den Zolldrohungen bezweckt."

Der Ökonom glaubt, Trumps Zolldrohungen seien genau darauf ausgerichtet: die Zahlungsunfähigkeit der USA mit wirtschaftlichem Druck auf Handelspartner abzuwenden.

Risiken für globale Finanzmärkte

Dem Ökonom zufolge ist das chronische Handelsdefizit der USA für die angespannte Finanzlage verantwortlich. Über Jahrzehnte hinweg hätten die Vereinigten Staaten mehr konsumiert als produziert – und dieses Ungleichgewicht durch Schulden im Ausland ausgeglichen. Mittlerweile beliefen sich die Netto-Auslandsschulden der US-Volkswirtschaft auf 26 Billionen Dollar, mit jährlich über einer Billion zusätzlicher Verschuldung.

Die Zinszahlungen verschlingen laut Sinn bereits 13 bis 14 Prozent des US-Staatshaushalts – in Deutschland sind es nur rund zwei

Prozent. Ein möglicher Wertverfall amerikanischer Staatsanleihen könnte weltweit Banken ins Straucheln bringen. Das "exorbitante Privileg" der USA, Schulden in der eigenen Währung aufnehmen zu können, habe sich laut Sinn inzwischen als Bumerang erwiesen. Die Folgen eines amerikanischen Staatsbankrotts wären dramatisch, mahnt der Ökonom: "Wenn amerikanische Staatsanleihen an Wert verlieren, schlägt das auf die Banken in aller Welt durch. Die Banken haben Kursverluste zu verzeichnen und müssen den Wert der Papiere in ihren Bilanzen nach unten korrigieren. Das schafft Konkursgefahren."

Artikel auf t-online vom 16.06.2025 von Leon Bensch:

„Amerikas Schuldenkrise Kommt der nächste große Crash? Was passiert, wenn die größte Volkswirtschaft der Welt die Kontrolle über ihre Finanzen verliert? Eine Analyse zwischen Konsumkrise, Anleihenpanik und Trumps Steuerspielen.

Mit Donald Trump ist nicht nur ein ehemaliger Präsident ins Amt zurückgekehrt, sondern auch eine Wirtschaftspolitik, die selbst vielen Ökonomen, Investmentprofis und sogar Konservativen aus Trumps eigenem Lager Sorgenfalten auf die Stirn treibt. Der neue Präsident hat der Welt einen Zollkrieg erklärt, um Amerikas Handelsdefizit auszugleichen. Gleichzeitig will er den Dollar schwächen, die Industrie zurück ins Land holen – und die Kontrolle über die US-Notenbank Federal Reserve gewinnen.

Das alles sind Zutaten, um eine handfeste Weltwirtschaftskrise auszulösen.

Doch bevor man Trumps Wirtschaftspolitik genauer betrachtet, lohnt es sich zunächst, einen Blick auf die amerikanischen Konsumenten zu werfen. Von deren Ausgaben hängen schließlich rund zwei Drittel des Bruttoinlandsprodukts ab. Sind sie zur Vorsicht gezwungen, verliert die Wirtschaft ihr Fundament.

Der stille Schulden-Tsunami

Die amerikanische Wirtschaft sendet nicht erst seit Trumps "Liberation Day" am 25. April beunruhigende Signale, vieles hatte

sich bereits nach seiner Amtseinführung im Januar angebahnt. Die finanzielle Lage vieler US-Bürger ist angespannt.

Im Durchschnitt haben US-Haushalte Kreditkartenschulden von etwa 6.500 bis 10.750 Dollar. Die Zinsen für diese Schulden liegen zwischen 15 und 20 Prozent – ein klares Zeichen dafür, dass viele Verbraucher am Limit leben. Für viele Amerikaner ist der Alltag damit zum Schuldenrisiko geworden. Wer früher mit Kreditkarte den Wocheneinkauf bestritt, zahlt heute Monat für Monat spürbar mehr – und gerät schneller ins Minus.

Auch der Immobilienmarkt zeigt Schwäche. Traditionell gilt er als Frühindikator für die wirtschaftliche Gesamtlage. Die aktuellen Zahlen sind alarmierend: Im April wurden hochgerechnet nur noch vier Millionen bestehende Häuser verkauft – so wenige wie seit der großen Finanzkrise 2009 nicht mehr. Der Grund: Die Finanzierungskosten sind explodiert. Hypothekenzinsen von sechs bis sieben Prozent machen Wohneigentum für viele unerschwinglich.

Mehr als 90 Prozent der US-Hypothekendarlehen laufen über solche langfristigen Verträge, wie die US-Investmentfirma Pershing Square berichtet. Das lähmt den gesamten Markt. Denn wenn Kredite teuer bleiben, kaufen weniger Menschen – und diejenigen, die bereits ein Haus besitzen, scheuen den Wechsel, weil sie ihre günstigen Altverträge verlieren würden. Die Folge: Der Markt stagniert, das Vertrauen sinkt.

Das sei ein klares Warnsignal, sagen Ökonomen. Wenn der Konsum stockt, droht die gesamt-wirtschaftliche Dynamik zu erlahmen. In einem Land, in dem zwei Drittel der Wirtschaftsleistung vom Konsum abhängen, ist das eine dramatische Entwicklung. Während Handels-kriege und politische Eskalationen die Schlagzeilen bestimmen, wächst im Schatten eine noch größere Gefahr: die Schuldenkrise.

Trumps wirtschaftspolitischer Kurs verschärft die Lage

Wie Trump mit Dekreten regiert und seine Meinung zu wirtschaftspolitischen Themen nach Lust und Laune ändert: Mit klassischer, seriöser Wirtschaftspolitik hat das wenig zu tun. Trumps Eingriffe sind radikal und interventionistisch – und sie könnten weitreichende Folgen für Amerika und die Weltwirtschaft haben.

Der Frankfurter Ökonom Martin Lück spricht im "Spiegel" von einer "Operation am offenen Herzen der Weltwirtschaft". Was Trump

betreibe, sei "eine Bastelanleitung für den Total-crash". Lück, der früher als Investmentstratege für Blackrock arbeitete, warnt: "Vielleicht bleibt noch ein Jahr bis zum Crash, vielleicht noch ein halbes."

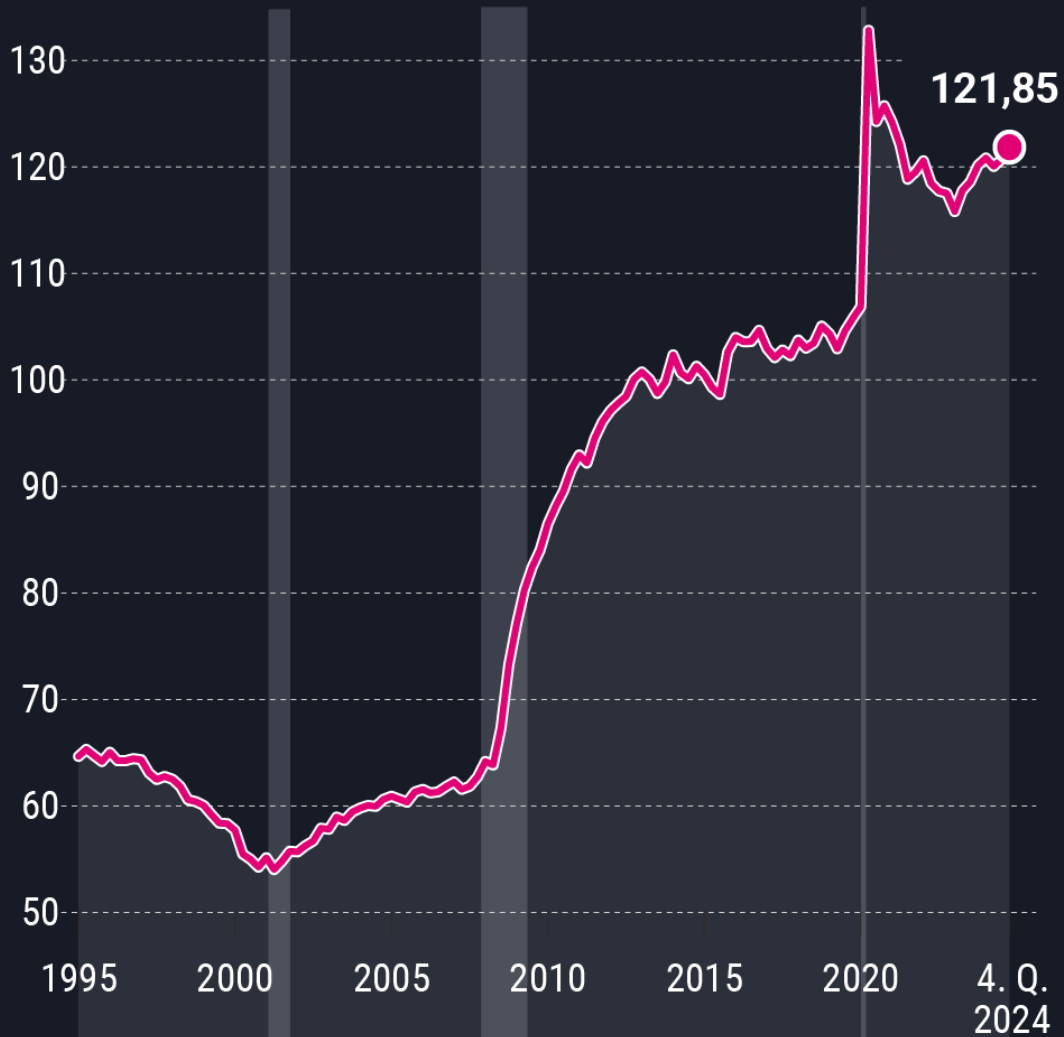
Der Anleihenmarkt als Pulverfass

Wer die Stabilität der Weltwirtschaft verstehen will, sollte nicht nur auf Aktienkurse schauen – sondern auf den Bondmarkt. Denn dort entscheidet sich, zu welchen Konditionen sich Staaten, Unternehmen und Verbraucher verschulden können. Und genau hier gerät immer mehr Sand ins Getriebe.

Die USA sind mit rund 36,8 Billionen Dollar verschuldet – das entspricht etwa 123 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung. Zum Vergleich: Deutschland liegt bei etwa der Hälfte. Schon jetzt müssen die Vereinigten Staaten jährlich rund eine Billion Dollar allein für Zins-zahlungen aufbringen. Damit zahlen sie mehr für Schulden als für die Ausgaben des Verteidigungsministeriums oder die staatliche Krankenversicherung Medicare. Die Verschuldung ist also nicht nur hoch, sie wächst auch schneller als alle Gegenmaßnahmen.

Schulden nehmen wieder Fahrt auf

US-Staatsverschuldung in Prozent des BIP
(Quartale, saisonbereinigt)



Infografik: ha Quelle: FRED

t-online.

Und das ist erst der Anfang. Denn in den kommenden Monaten laufen zahlreiche Staatsanleihen aus, die in Zeiten niedriger Zinsen aufgenommen wurden. Finanzminister Scott Bessent muss in diesem Jahr neue Papiere im Wert von über neun Billionen Dollar platzieren – und das zu deutlich schlechteren Konditionen. Die Rendite für 30-jährige US-Anleihen erreichte im Mai 5,16 Prozent – sie ist so hoch wie seit eineinhalb Jahren nicht mehr.

Analysten rechnen mit einer schwächeren Nachfrage. Bei einer Auktion 20-jähriger Bonds mussten zuletzt rund fünf Prozent Zinsen gezahlt werden – und trotzdem blieben fast 17 Prozent der Papiere an sogenannten Primärhändlern hängen. Das sind Banken, die eigentlich als Käufer der letzten Instanz gelten. Für den Bondmarkt sei das eine Blamage, sagt Guneet Dhingra von BNP Paribas.

"Die 30-jährige Anleihe ist das Aushängeschild für alle fiskalischen Sorgen des Marktes", so der Experte. Analyst Zachary Griffiths vom Finanzhaus CreditSights ergänzt: "Wir befinden uns jetzt in einem Umfeld, in dem die Anleger auf eine sinkende Nachfrage blicken, während das Angebot kurz vor einem weiteren Anstieg zu stehen scheint."

Immer mehr Investoren wenden sich daher von US-Anleihen ab und investieren lieber in europäische Schuldtitel – selbst in Länder wie Belgien, die als politisch instabil und hoch verschuldet gelten. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt betrug die Staatsverschuldung im September 2024 rund 105,6 Prozent des BIP. Die zehnfache Nachfrage nach belgischen Anleihen spreche Bände, so Dhingra. Die wichtigsten Fakten zur US-Verschuldung:

Kennzahl	Aktueller Stand
Gesamtverschuldung	36,8 Billionen US-Dollar
Schuldenquote	ca. 123 % des BIP
Jährliche Neuverschuldung	ca. 6,4 % des BIP
Prognose Wirtschaftswachstum 2025	2,7 % (IWF)
Prognose Wirtschaftswachstum 2026	2,1 % (IWF)
Zinsausgaben 2025	fast 1 Billion US-Dollar
Höhe geplanter Neuanleihen (2025)	über 9 Billionen US-Dollar
Inflationserwartung US-Haushalte (2025)	6,5 % (Univ. Michigan, Umfrage)
Rendite 30-jährige US-Staatsanleihe (Mai)	5,16 %

Wer kauft Amerikas Schulden noch?

Lange galten US-Staatsanleihen als sicherer Hafen. Inzwischen zweifeln selbst treue Investoren. Die jüngsten Auktionen am Anleihemarkt offenbaren, wie brüchig das Vertrauen geworden ist – und wie teuer es für die USA inzwischen ist, sich neues Geld zu leihen.

Am Mittwoch dieser Woche wurden zehnjährige US-Treasuries im Volumen von 39 Milliarden Dollar versteigert. Noch brisanter war die Auktion am Donnerstag von 30-jährigen Anleihen im Wert von 22 Milliarden Dollar. Die Befürchtung: Sollte die Nachfrage hinter den Erwartungen zurückbleiben, wäre das ein klares Signal dafür, dass die Investoren trotz gestiegener Renditen höhere Risikoaufschläge verlangen.

"Die Anleiheauktion wirkte vorerst stabilisierend auf die Wall Street", sagt Dhingra. Bemerkenswert war, dass der Anteil ausländischer Investoren auf 65,2 Prozent gestiegen war – im Mai lag dieser noch bei 58,9 Prozent. Laut Chip Hughey, Managing Director für Fixed Income bei Truist Advisory Services, beruhigte dies "die Nerven, ob ausländische Investoren US-Anleihen meiden könnten".

Hughey betonte jedoch auch, dass die strukturellen Herausforderungen damit nicht gelöst seien: "Langfristig müssen wir uns mit unseren Defiziten und der Schuldenabhängigkeit befassen", sagte er in einem Interview bei CNN.

Zeitenwende: Rückzug aus US-Anleihen

Aber jetzt drohe eine Wende, glaubt Dhingra. Auch Analyst Jay Barry von JPMorgan Chase warnt, Investoren könnten sich zunehmend zurückziehen – nicht durch Verkäufe, sondern indem sie auslaufende Anleihen nicht mehr reinvestieren. Denn im Hintergrund bleiben nach wie vor die Sorgen über die langfristige Tragfähigkeit der US-Staatsfinanzen. Bereits im Mai hatte Moody's die Bonität der USA herabgestuft – ein Signal, das nach Ansicht von John Canavan, Chefanalyst bei Oxford Economics, nun Wirkung zeigt.

Auch wenn die Auktion vorübergehend ein positives Signal an die Märkte sendet: Langfristige Staatsanleihen der USA verlieren an Attraktivität. Für die Regierung bedeutet das: Neue Schulden werden inzwischen doppelt so teuer wie früher. Griffiths fasst die Lage so zusammen: "Wir sehen ein Umfeld mit sinkender Nachfrage und steigendem Angebot." Und genau das sei brandgefährlich. Denn wenn

sich zu wenige Käufer finden, bleibe der Staat auf seinen Schulden sitzen – oder muss noch höhere Zinsen zahlen. Ein Teufelskreis.

Steuersenkungen auf Pump

Trumps wirtschafts- und geldpolitische Maßnahmen haben einen ziemlich hohen Preis. Die geplanten Steuersenkungen im Rahmen der von ihm gefeierten Gesetzesinitiative "One Big Beautiful Bill" würden das Haushaltsdefizit um weitere vier bis fünf Billionen Dollar ausweiten. Gleichzeitig steigen die Militärausgaben. Allein das geplante Raketenabwehrsystem „Golden Dome“ soll 175 Milliarden Dollar kosten. Ernsthafte Sparmaßnahmen? Fehlanzeige.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) warnt: "Die reibungslose Funktionsweise der Staatsanleihemärkte ist wichtig für die Sicherheit und Solidität der breiteren Kapitalmärkte." Doch gerade diese Märkte geraten durch Trumps Politik unter Druck. Solange die Wirtschaft wächst, lassen sich hohe Schulden verkraften. Doch wenn das Wachstum stockt und die Verschuldung weiter steigt, gerät das Gleichgewicht ins Wanken. Genau dieses Szenario droht aktuell den USA.

Die Schuldenspirale droht – mit Dominoeffekt

Laut IWF wird die US-Wirtschaft 2025 nur um 2,7 Prozent wachsen – 2026 sogar nur um 2,1 Prozent. Und das ist noch die optimistischste aller Prognosen. Gleichzeitig pendelt sich die jährliche Neuverschuldung laut Analyst Mark Dowding, Chefanlagestrategie für Anleihen bei RBC Bluebay Asset Management, bei sieben Prozent der Wirtschaftsleistung ein. Das passe nicht zusammen, so Dowding.

Die Folge: eine gefährliche Dynamik, die sich selbst verstärkt. Immer mehr Schulden führen zu steigenden Zinszahlungen. Diese belasten den Haushalt zusätzlich – und erzwingen neue Schulden. So entsteht eine Spirale, die kaum noch aufzuhalten ist.

Der renommierte Hedgefonds-Manager und Unternehmer Ray Dalio nennt dieses Phänomen die "Debt Death Spiral", die Schulden-Todesspirale. In seinem neuen Buch "How Countries Go Broke" (auf Deutsch: Wie Länder bankrottgehen) warnt er: "Immer neue Schulden, um alte Schulden zu bedienen – das geht nur so lange gut, bis Investoren höhere Zinsen fordern oder ganz abspringen." Dann drohen drastische Konsequenzen: Inflation, Sparzwang oder sogar ein Zahlungsausfall.

Wo Trump sparen will, offenbart sein "One Big Beautiful Bill" deutlich: Der Staat setzt den Rotstift zuerst bei Sozialleistungen, Renten und Infrastrukturprojekten an – mit sozialen und politischen Verwerfungen. Eine hohe Inflation entwertet Geld und Ersparnis und trifft am Ende die Verbraucher, die ihren Gürtel noch enger schnallen.

Kritik an gesetzlich beschlossener Pleite

Jamie Dimon, Chefbanker von JPMorgan Chase, äußerte sich zunehmend besorgt. In einem Interview mit "Fox Business" sagte er: "Es ist ein großes Problem, das wissen wir. Aber eines Tages – ich weiß nicht, ob in sechs Monaten oder sechs Jahren – wird der Anleihenmarkt ernsthafte Schwierigkeiten bekommen." Für Dimon liegt die Lösung in Wachstum, Deregulierung und gezielten Reformen. Programme wie Medicare oder Social Security müssten nachhaltiger gestaltet werden, ohne dabei die Schwächsten zu treffen.

Man dürfe weder armen noch kranken oder alten Menschen die Leistungen wegnehmen, sagte er. "Es geht nur darum, Regeln aufzustellen, die das Ganze vernünftiger machen. Sie wissen schon, weniger Betrug, weniger Verschwendung, weniger Missbrauch." Ein Zahlungsausfall würde das Vertrauen in die USA als Schuldner schwer beschädigen – mit potenziell globalen Folgen. Tech-Milliardär Elon Musk bezeichnete auf seiner Plattform X Trumps neues Steuer- und Ausgabenpaket als "disgusting abomination" (auf Deutsch: ekelhafte Abscheulichkeit). Die von Trump als "One Big Beautiful Bill" gefeierte Gesetzesinitiative werde das Haushaltsdefizit auf 2,5 Billionen Dollar treiben und den Staat an den Rand des Bankrotts bringen. Musk schrieb: "Congress is making America bankrupt" – Der Kongress lässt Amerika in die Pleite gehen.

Seine Kritik fand sogar Unterstützung im republikanischen Lager – etwa bei Thomas Massie, der Musk zustimmte: "He's right." Doch viele in Trumps Umfeld halten dagegen. "Mit allem Respekt – mein Freund Elon liegt komplett falsch", sagte der republikanische Sprecher des Repräsentantenhauses, Mike Johnson.

So wird aus der Schuldenfrage auch ein politischer Machtkampf. Doch während sich Washington streitet, wächst am Anleihenmarkt die Nervosität.

Gefährliche Wechselwirkungen

Die Schuldenkrise der USA ist nicht nur ein fiskalisches Problem – sie wird zum Katalysator für eine gefährliche Gemengelage aus

wirtschaftlichem Stillstand, wachsender Inflation und politischer Instabilität.

Dabei sind die offiziellen Inflationszahlen aktuell noch moderat. Im Frühjahr lag die Teuerungsrate bei 2,3 Prozent. Doch Ökonomen rechnen mit einem Anstieg. Der Grund: Trumps neue Zölle. Sie verteuern Importe, heizen die Inflation an – und treffen vor allem den Mittelstand. Laut einer Umfrage der Universität Michigan erwarten US-Haushalte in den kommenden zwölf Monaten eine Inflationsrate von 6,5 Prozent. Das ist fast dreimal so hoch wie der derzeitige Wert. Gleichzeitig schwindet das Vertrauen in die geldpolitische Steuerung. Präsident Trump hat in der Vergangenheit offen damit gedroht, Jerome Powell, den Chef der US-Notenbank, zu entlassen. Zuletzt forderte er am Mittwoch dieser Woche, nach Bekanntgabe der im Vergleich zum Vorjahresmonat April moderat gestiegenen Verbraucherpreise, die Fed auf, den Leitzins um einen ganzen Punkt zu senken. "Dann müssten wir viel weniger Zinsen auf fällige Schulden zahlen. So wichtig!!", schrieb Trump in Großbuchstaben auf seinem Kurznachrichtendienst Truth Social.

Trotz der wiederholten Rufe aus dem Weißen Haus nach einer Zinssenkung hielt die unabhängige US-Zentralbank zuletzt die Füße erneut still und beließ den Leitzins im Bereich von 4,25 bis 4,50 Prozent. Powells Amtszeit endet 2026.

Als möglicher Nachfolger gilt Kevin Warsh – ein ehemaliges Fed-Mitglied und Favorit Trumps. Warsh vertritt eine harte Linie: "Wenn die Fed von Inflation spricht, meint sie in Wahrheit höhere Arbeitslosigkeit – und das ist Unsinn", sagte er kürzlich in einem Interview mit CNN. Seine Kritik: Die Notenbank sei zu zögerlich, zu dogmatisch, zu wenig mutig.

Dass Trump jemanden wie Warsh an die Spitze der Federal Reserve bringen will, verunsichert die Märkte zusätzlich. Denn es nährt die Sorge, dass die Fed künftig nicht mehr unabhängig agieren könnte, sondern politisch gelenkt wird – mit unkalkulierbaren Folgen für Inflation und die Kapitalmärkte.

Krise nicht unausweichlich

Der Schuldenberg ist gewaltig – und die USA sind laut Dalio auf dem Weg in die Krise bereits weit fortgeschritten. Aber sie ist nicht unausweichlich. Es gibt Wege, den Absturz zu verhindern. Aber sie erfordern Mut, Weitsicht und politischen Willen.

Der wichtigste Hebel ist nachhaltiges Wachstum. Wenn das Bruttoinlandsprodukt schneller wächst als die Schulden, sinkt die Schuldenquote ganz von allein. Dazu müsse der Staat klug investieren – in Bildung, Infrastruktur, Digitalisierung. Laut Dimon sollte der Schwerpunkt auf der Förderung von Unternehmen, Bürokratieabbau und angemessener Deregulierung liegen. Eine produktivere Wirtschaft bringe höhere Einnahmen und neue Perspektiven.

Doch Wachstum allein genüge nicht. Auch Ausgabendisziplin sei notwendig. Die ehemalige Vorsitzende der Federal Reserve und spätere Finanzministerin Janet Yellen sagte dazu: "Wenn ich einen Zauberstab hätte, würde ich die Steuern erhöhen und die Ausgaben für den Ruhestand kürzen." Das klinge unpopulär – aber langfristig führe kein Weg an Reformen vorbei, so Yellen.

Gleichzeitig braucht es mehr Einnahmen. Eine gerechtere Steuerpolitik, der Abbau von Subventionen und ein effizienteres Verwaltungssystem könnten helfen, das Defizit zu verringern. Auch die Bekämpfung von Steuerflucht ist entscheidend.

Brian Riedl vom konservativen Thinktank Manhattan Institute warnt: "Wenn wir eine Schuldenkrise vermeiden wollen, müssen bedeutende Reformen in den nächsten Jahren schrittweise eingeführt werden, sonst wird die Schuldenlast zu groß, zu viele Babyboomer sind im Ruhestand, um Reformen aufzunehmen, die Klippe wird zu hoch."

Zwischen Vertrauen und Crash

Schulden sind nicht per se schlecht. Entscheidend ist, wie ein Staat damit umgeht. Wer klug investiert, umsichtig wirtschaftet und offen kommuniziert, kann auch mit hohen Schulden Stabilität schaffen – und das Vertrauen von Bürgern und Investoren dauerhaft sichern.

Die USA stehen an einem Wendepunkt. Noch funktionieren die Märkte. Noch kaufen Investoren amerikanische Staatsanleihen. Noch glauben viele an die Stabilität der größten Volkswirtschaft der Welt. Aber dieses Vertrauen ist nicht unerschöpflich.

Die Gefahr ist real. Schon einmal stand das globale Finanzsystem auf der Kippe: 2008, als die Welt in eine Finanzkrise stürzte. Oder 2012, als Investoren Europas Schuldenstaaten mieden wie toxische Papiere, sagt Ökonom Martin Lück. "In so einer Situation wollen auf einen Schlag alle ihre Staatsanleihen verkaufen, finden aber keine Abnehmer, und der Preis kracht ins Bodenlose."